

NRW / Städte / Emmerich

Betuwe-Linie

# Bürgerinitiativen und Nabu stellen Nachforderungen

1. Juli 2020 um 10:03 Uhr | Lesedauer: Eine Minute



Der Ausbau der Betuwe-Linie hat für die Anrainerkommunen entlang der Strecke einschneidende Folgen. Nabu und Bürgerinitiativen wollen sie so gering wie möglich halten. Foto: dpa/Martin Gerten

**EMMERICH. Der Nabu-Kreisverband und die Bürgerinitiativen „Rettet den Eltenberg“ und „IG Biss“ fordern Nachbesserungen beim Lärmschutz an der Strecke sowie eine andere Gleisbettvariante in Elten.**

(RP) Der Nabu-Kreisverband Kleve und die Bürgerinitiativen „Rettet den Eltenberg“ und die „IG Biss“ haben am Montag an den Rat der Stadt Emmerich den Antrag gestellt, Nachforderungen bezüglich der Planung der Betuwelinie zu erheben. Demnach soll die Stadtverwaltung damit beauftragt werden, vier weitere Punkte zum Forderungskatalog der Anrainerkommunen nachzumelden und diese Forderungen, soweit noch nicht geschehen, auch in den Planfeststellungsverfahren Planfeststellungsabschnitt (PFA) 3.3 (Vrasselt) und 3.5 (Elten) insbesondere auch im derzeit laufenden Deckplattverfahren zu 3.3 nach zu melden.

Konkret geht es dabei um die Verlängerung der Lärmschutzwand um 70 Meter in Höhe der Bauernschaft Berg in Praest, die Errichtung einer durchgehenden Lärmschutzaußenwand von 200 Metern in Höhe Vrssett sowie die Errichtung einer Lärmschutzwand in Länge von 650 Metern in Ortsteil Elten. Außerdem fordern Nabu und Bürgerinitiativen für Elten die Verwirklichung der optimierten Gleisbettvariante.

Ziel des Forderungskataloges der Anrainerkommunen der Betuwelinie ist es, einen Bundestagsbeschluss im Hinblick auf einen – über das gesetzliche Maß hinausgehenden – Schutz von Anwohnern und Umwelt für die Ausbaustrecke zu erwirken. Die Stadt Emmerich hatte sich bisher Nachmeldungen ausdrücklich vorbehalten. Bezüglich der Forderung nach der optimierten Gleisbettvariante zum Schutz des Eltenbergs ergebe sich die Notwendigkeit schon daraus, dass die Stadt Emmerich letztlich auch diese Variante im Planfeststellungsverfahren gefordert habe. Damit sollen die Vernichtung eines 25 Meter breiten Streifens Eichenniederwaldes, dauerhafte Schäden für die Infrastruktur Eltens, der zusätzliche Schwerverkehr im Ortskern und der Verkehrsgefahrenpunkt Viadukt vermieden werden.

Dier Punkt „Ergänzung des Lärmschutzes“ ergebe sich aus vielen Forderungen betroffener Bürger aber auch aus Gesprächen mit Vertretern der DB und anderen Fachleuten über die bestehenden technischen Möglichkeiten. Dabei sei auch wichtig, dass das Eisenbahnbundesamt in Einzelfällen auch schon Lärmschutzmaßnahmen beschlossen hat, die über die von der DB geplanten hinausgegangen seien, wie beispielsweise in Haldern.

---

